

7.11.1915

Aktive Stadtwirtschaft.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der diesem Thema gewidmete Artikel im 1. Morgenblatt vom 29. Oktober enthält neben vielen treffenden Ausführungen einige Anschauungen, denen ich auf Grund eigener Erfahrungen auf dem Gebiet des Lebensmittelmarktes und als — sagen wir einmal — Praktiker in volkswirtschaftlichen Dingen doch widersprechen möchte.

Mit Recht wird von den Städten verlangt, daß sie, ohne den Handel auszuschalten, preisregulierend wirken sollen. Ob dies besser durch Errichtung eigener Verkaufsorganisations oder durch Benutzung vorhandener zweckdienlicher Einrichtungen des Handels und der Konsumvereine geschehen soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Die Stadt Frankfurt hat bisher meistens den letzteren Weg gewählt. Daß sie und die Bevölkerung gegenüber dem anderen Verfahren schlecht gefahren seien, dafür dürfte der Nachweis schwer erbracht werden können. Mancher Verlust, den andere Kommunen durch Verderben unzuverlässig angeschaffter oder gelagerter Waren erlitten haben, wurde vermieden. Andererseits ist das Zusammengehen mit dem Handel bei der Beschaffung und Verteilung wichtiger Lebensmittel für die Stadtverwaltung sicher von Vorteil gewesen.

In einigen Fällen ist auch die Stadt Frankfurt selbst als Verkäuferin von Gemüse, Kartoffeln, Butter und Fleisch aufgetreten. Von diesen Verkäufen soll nun, nach der Aussage von Praktikern, ein Druck auf die allgemeinen Preise ausgegangen sein, obwohl man vierfache Schranken in Bezug auf den Kreis der Kaufberechtigten, die abgegebene Einzelmenge, die Zahl der Verkaufsstellen und den Umfang des gesamten Angebotes um dieselben aufgerichtet habe. Hierzu ist zu bemerken, daß zunächst das städtische Gemüse ohne jede Beschränkung in zahlreichen Verkaufsstellen (von der Stadt beauftragte und kontrollierte Firmen und Organisationen) zu haben war. Auch Kartoffeln, Butter und Fleisch waren und sind an vielen Stellen zu den von der Stadtverwaltung festgesetzten Preisen erhältlich. Hierbei mußte allerdings die Abgabe im einzelnen nach Maßgabe der vorhandenen verhältnismäßig nicht großen Vorräte beschränkt werden. Trotz dieser Beschränkung haben diese auf die ganze Stadt verteilten Verkäufe preisregulierend gewirkt. Kartoffeln, Butter und Fleischwaren sind schließlich auch in dem städtischen Verkaufshand in der Markthalle an „Minderbemittelte“ noch unter diesen für den allgemeinen Verkauf festgesetzten Preisen abgegeben worden. Von diesem Verkauf an einer Stelle konnte naturgemäß eine preisregelnde Wirkung nicht ausgehen. Jeder Praktiker weiß auch, daß erfahrungsgemäß eine Beeinflussung des allgemeinen Preisniveaus nur durch Verkauf an zahlreichen Stellen in allen Stadtbezirken zu erreichen ist.

Eine Großstadt, die „aktive Stadtwirtschaft“ im Sinne des vorliegenden Artikels treiben wollte, müßte also zur Errichtung eigener Verkaufsstellen in allen Stadtbezirken übergehen. Ich möchte aber behaupten, daß die entstehenden Regiekosten (Transport, Ladenmiete, Unkosten, Beamtenapparat) z. B. der Stadt Frankfurt nicht gestatten würden, dann billiger zu verkaufen als die gerade hier bestehenden mannigfachen Filialsysteme und Organisationen von Konsumenten und Kleinhändlern. Sie könnte dies wohl, wenn sie ihre Regiespesen „zulegen“, also mit Verlust verkaufen würde. Damit wäre aber der Lebensmittelkleinhandel, der dies nicht kann, ausgeschaltet. Man kann wohl die Ansicht vertreten, daß unter besonderen Umständen der Handel vorübergehend seiner Funktionen beraubt werden muß, sei es, weil er seine Aufgabe im volkswirtschaftlichen Sinne mangelhaft erfüllt, — eine Ansicht, die ich in unserem Falle nicht teilen kann —, oder aus anderen zwingenden Gründen. Aber dann sollte man nicht von der Beeinflussung der Preise ohne Ausschaltung des Handels sprechen.

Die größte Schwierigkeit für die Betreibung aktiver Stadtwirtschaft liegt aber auf einem anderen Gebiete. Sie besteht, um mich kaufmännisch auszudrücken, nicht „im Verkaufen“, sondern „im Einlaufen“. Die hohen Lebensmittelpreise werden eben nicht in den Großstädten gemacht. Wer heute Waren, die nicht beschlagnahmt sind, kaufen will (sei er nun Stadt, Händler oder Konsumentenvereinigung), der muß und mußte schon seit langem ungebührlich hohe Preise bezahlen. Preise, die in kurzen Zeiträume manchmal phantastische Steigerungen erlebt haben. Es läßt sich nun die Frage aufwerfen: Warum hat die Stadt nicht rechtzeitig, als die Preise noch billiger waren, große Mengen aller wichtigen Waren aufgekauft und auf Vorrat hingelegt, um sie später der Bevölkerung zuzuführen? Nun, es ist auf diesem Gebiete vieles getan worden, manches aber auch spät oder garnicht geschehen. Meines Erachtens nicht wegen der eigenem Vorgehen abgeneigten „Grundauffassung“, sondern meist, weil billige Verkaufsgelagenheit nicht mehr bestand, bis die Sache die verschiedenen arbeitsüberlasteten Instanzen passiert hatte. Auch hätte wohl die grundsätzliche Durchführung einer solchen Vorratsanammlung Kapitalien erfordert, die für diesen Zweck nicht bereit zu stellen waren. Uebrigens steht noch sehr dahin, ob diese Politik des egoistischen Aufkaufens der im ganzen beschränkten Vorräte durch Kommunen dem volkswirtschaftlichen Interesse nicht recht schädlich wäre, da sie naturgemäß zu einer weiteren Verknappung des Gesamtmarktes führen müßte. Es kann also in unserer anormalen Zeit von den Städten erspriehliche Arbeit für die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung nur im Rahmen einer gesamtstaatlichen Regelung geleistet werden, sei es durch Beschlagnahme und bald darauf folgende gleichmäßige Verteilung, sei es durch private rechtliche Verträge mit Produzentenvereinigungen, die sich

über das ganze Reich erstrecken. Die neue Regelung der Teigwaren, der Reis- und der Getreideproduktion kann in diesem Sinne als vorbildlich bezeichnet werden.

Schließlich ist zu hoffen, daß die Preisprüfungsstellen weiteren unberechtigten Preissteigerungen einen gewissen Damm entgegensetzen werden, vorausgesetzt, daß sie unter Ausnutzung der ihnen eingeräumten Rechte der Preisbildung bis zum Hersteller oder Importeur energisch nachzuforschen verstehen.

Die Absicht, die wir mit unserem Artikel verfolgten, war in erster Linie die, mitzuteilen, daß die Behauptung, die von der Stadt an Minderbemittelte erfolgten Verkäufe hätten gar keinen Einfluß auf die Preise gehabt, nicht richtig ist. Der Herr Einsender, der diese Frage nicht nachgeprüft hat, darf versichert sein, daß unsere Ermittlungen zuverlässig sind, und wenn wir etwas festgestellt haben, dann lassen wir es uns nicht nehmen. Wir haben festgestellt, daß sogar diese Verkäufe, die übrigens nicht bloß an einer Stelle stattfanden, einen gewissen, wenn auch natürlich nur bescheidenen Einfluß auf die Preise gehabt haben. Im übrigen stimmen wir dem Herrn Einsender umso lieber zu, als er unsere Auffassung nur bestätigt. Denn sicherlich kann eine genügende Beeinflussung der Preise nur durch Verkauf an zahlreichen Stellen der Stadt erzielt werden, wozu auch noch gehört, daß das Publikum wisse, wo diese Stellen sind und nicht gleichsam ein Geheimnis daraus gemacht werde. Ob man dabei ein rein städtisches System von Verkaufsstellen oder ein gemischtes System vorzieht, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen beantworten wird. In Frankfurt, wo schon eine größere Konzentration des Detailhandels besteht als in andern Städten, ist vielleicht wirklich das gemischte System das geeignetere. Ob aber nun dieses oder ein anderes System — worauf es uns hauptsächlich ankam, das war zu betonen, daß die Städte die Aufgabe haben, nicht etwa nach dem Kriege die alte Anarchie in der Lebensmittelversorgung wieder einreißen zu lassen, sondern dauernd durch geeignete Einrichtungen preisregulierend wirken müssen, was ja auch der Herr Einsender für eine durchaus berechtigte Forderung hält. Es kommt daher auch viel darauf an, daß die städtischen Verwaltungen schon jetzt das, was sie auf diesem Gebiete tun, unter dem Gesichtspunkte des Dauerhaften einrichten und ausbilden und es nicht als eine gänzlich vorübergehende Erscheinung ansehen, mindestens aber prüfen, ob sich das, was jetzt vielfach noch Experiment sein mag, zu dauernder Einrichtung eignet oder andere Maßnahmen ins Auge zu fassen seien. Denn der Aufgabe, die Lebensmittelversorgung aus dem Zustande der Anarchie in den der Organisation zu bringen, wird sich keine größere Stadt mehr entziehen können.